

Bildung, Wissenschaft und Forschung

Klimaneutral – wie geht das?

ver.di treibt die sozial-ökologische Wende mit voran



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, ist existenziell. Entsprechend eindeutig hat sich auch der ver.di-Bundeskongress im September positioniert. Im dazugehörigen Antrag heißt es, "dass der ökologische Umbau nur gelingen kann, wenn die betroffenen Menschen mitgenommen werden." Das bedeutet: Die ökologische Transformation muss einhergehen mit mehr guter Arbeit und sozialer Sicherheit. Die Natur nicht Marktinteressen unterzuordnen, ist eine Machtfrage. Im Mittelpunkt der Politik muss die Verwirklichung der sozialen und ökologischen Rechte der Mehrheit der Gesellschaft stehen. Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung ist dafür nicht ehrgeizig genug. Es fehlt der dringend erforderliche finanz- und haushaltspolitische Politikwechsel, an der "Schwarzen Null" wird festgehalten – finanziell bleibt das Programm hinter dem Notwendigen zurück.

Neben der existenziellen Frage des Klimaschutzes stellen sich im Alltag der Betriebe in unserem Fachbereich jede Menge anderer Herausforderungen. Beschäftigte in der Weiterbildung brauchen gute und sichere Arbeitsbedingungen und anständige Einkommen. Bibliotheksbeschäftigte verteidigen ihr Recht auf den freien Sonntag. Und befristete Arbeitsverträge prangern wir weiterhin scharf an. Gemeinsam können wir viel erreichen! Deshalb freue ich mich, seit dem Bundeskongress auch den Fachbereich "Bildung, Wissenschaft und Forschung" zu leiten. Dem Bundesvorstand gehöre ich als Leiterin des Fachbereichs "Gesundheit und Soziale Dienste" bereits seit 2013 an. Bündeln wir unsere Kraft für die sozial-ökologische Wende!



Sylvia Bühler
Mitglied des ver.diBundesvorstandes
und Leiterin
des Fachbereichs
Bildung, Wissenschaft und Forschung

Inhalt

Schwerpunkt: Erd-Erhitzung stoppen

Nachhilfestunden für die Politik	3
Gemeinsam für die sozial-ökologische Wende	3
Schrumpfen oder grün wachsen	4
Vegetarisch – voll im Trend	5
Unis als Orte der Klimaschutzpraxis	6
Grüne Bibliotheken	7
Umwelt und Soziales gehören zusammen	8
Videokonferenzen statt Fernreisen	9

Sonntagsöffnung durch die Hintertür	10
Mehr Geld für Bibliotheksbeschäftigte	10
ver.di stellt sich für die Zukunft auf	11
Was kostet ein Studienplatz?	12
Steter Tropfen höhlt den Stein	13
Mehr von uns ist besser für alle	14
Ciao Ute und Anne!	14
In die erste Reihe gewagt	15
Die neue Landesfachbereichsleiterin	
Ulrike Schilling	15
Zu guter Letzt	16



Impressum

Der ver.di Report **biwifo Nr. 02/2019** · Dezember 2019 Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin

V. i. S. d. P.: Sylvia Bühler

Redaktion: Carsten Bauer, Klaus Böhme, Katharina Common, Harald Giesecke, Birthe Haak, Frank Hennig, Michael Niedworok, Mirjam Sorge

Verantwortliche Redakteurin: Annette Jensen

Internet: www.verdi.de

Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers

Druck: Mohn Media Mohndruck GmbH, Gütersloh Titelbild: Kay Herschelmann

W-1728-63-1210

Die Artikel stellen die Meinungsvielfalt unseres Fachbereiches dar und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung des Bundesfachbereichsvorstandes wider.

Service

Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung Internet: www.biwifo.verdi.de Ansprechpartnerin: Alexandra.Heiter@verdi.de





Nachhilfestunden für die Politik



"Unite behind the science" – vereinigt Euch hinter der Wissenschaft – verlangte die Klima-Aktivistin Greta Thunberg im September vor dem UNO-Klimagipfel. Die Begründerin der Bewegung Fridays for Future benennt damit den Kern der neuen Öko-Bewegung: Ihre Forderungen basieren auf den Ergebnissen der empirischen Forschung.

VON MICHAEL NIEDWOROK

Fridays for Future fand früh Unterstützung aus der Wissenschaft. Als der FDP-Vorsitzende Christian Linder im März 2019 politisches Kapital aus der Debatte ums Schulschwänzen schlagen wollte und den streikenden Schülern nahelegte, Klimaschutz doch bitte den Profis zu überlassen, teilten 23.000 Wissenschaftler*innen in einer Petition mit: "Wir sind die Profis, wir sagen: Die junge Generation hat Recht. Es ist ja auch mutig, mal nicht in die Schule zu gehen." Für Professor Volker Quaschning von der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin, Initiator der "Scientists for Future", waren die Lindner-Worte eine Steilvorlage, denn die Forderungen der Profis sind nicht weniger grundsätzlich.

Sowohl über das Ausmaß des menschengemachten Klimawandels als auch über erfolgsversprechende Lösungsansätze herrscht in der Wissenschaft seit langem weitgehend Einigkeit. An der politischen Umsetzung aber hakt es. Darauf verweist auch der Blogger Rezo in seinem inzwischen mehr als 16 Millionen Mal angeklickten Video "Die Zerstörung der CDU". Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung unterzog es einem Faktencheck und fand so gut wie keinen Fehler. Sein Fazit: "Hut ab! Für jemanden, der sich erst neu in die

Materie eingearbeitet hat, hat Rezo die entscheidenden Fakten zur Klimakrise sehr gut verstanden, und er hat sie klar und eindringlich in seinem Video kommuniziert. So klar und eindringlich, wie es der Wissenschaft mit ihren IPCC-Berichten nicht gelungen ist, und wie man es auch nur selten in den klassischen Medien liest."

Irreversible Folgen sieht die Wissenschaft bereits bei einer durchschnittlichen Erd-Erwärmung von 1,5 Grad Celsius gegenüber dem Temperatur-Niveau zu Beginn der Industrialisierung. Darauf fußen die Beschlüsse der Pariser UN-Klimakonferenz vom 12. Dezember 2015 – und das ist der Maßstab für Fridays for Future. Gemessen daran ist das Klimapaket der Großen Koalition viel zu klein. Zwar wird die von der Wissenschaft geforderte Bepreisung von Treibhausgas-Emissionen über CO₂-Zertifikate nun breiter in einen deutschen Emissionshandel eingeführt. Doch 10 Euro pro Tonne im Jahr 2021 bis 35 Euro im Jahr 2025 sind viel zu wenig, um damit eine Lenkungswirkung zu erzielen. Notwendig wäre nach Berechnungen der Expert*innen ein Einstieg bei 35 bis 70 Euro und ein Zielkorridor von 70 bis 180 Euro im Jahr 2030. Einen effektiven sozialen Ausgleich steigender Kosten für Geringverdienende. wie etwa eine Umverteilung der Einnahmen an ärmere Haushalte, sieht das Konzept der Großen Koalition gar nicht vor. Kein Grund zur Entwarnung also für die Profis in der Wissenschaft und den Nachwuchs an Schulen und Universitäten

Derweil entstehen neue Vernetzungs- und Protestformate. Auf internationalen Klima-Camps fanden im Sommer neben vielen Aktionen auch zahlreiche Bildungsveranstaltungen mit Forscher*innen statt. Längst gibt es auch "Students for Future", und Wissenschaftler*innen bieten schon an 89 Hochschulen "Lectures for Future" an

K O M M F N T A R

■ Gemeinsam für die sozial-ökologische Wende



Seit fast einem Jahr gibt es Fridays for Future: Monat für Monat streiken mehr junge Menschen fürs Klima. Im Frühjahr gründeten sich "Students for Future", die inzwischen an 80 Hochschulen in ganz Deutschland präsent sind.

Gemeinsam mit Omas. Künstler*innen und auch vielen ver.dianer*innen gingen wir am 20. September auf die Straße. Wir waren 1,4 Millionen Menschen in Deutschland und forderten die Politik auf zu handeln. Dabei geht es uns nicht nur um die Einhaltung des Pariser Klima-Abkommens, sondern um eine sozial-ökologische Wende in der Klimapolitik. Nicht Umwelt vor Mensch heißt die Maxime, sondern Klimapolitik im Sinne der Mehrheit. Nicht die sollen für den Wandel bezahlen, die ohnehin schon wenig haben, sondern diejenigen mit Geld.

Noch haben wir uns nicht durchsetzen können. Deshalb haben Students for Future eine Klimastreikwoche vom 25. bis 29. November organisiert, um den Druck zu erhöhen und zugleich Debattenräume zu schaffen. Die Hochschulen müssen ihre gesellschaftspolitische Verantwortung endlich wieder wahrnehmen. Deshalb haben wir Public Climate Schools kreiert. Ob Erstsemester oder wissenschaftliche Mitarbeiterin, ob Berlin, Bonn oder Bamberg: Wir setzen Zeichen für die sozialökologische Wende – als Students for Future, als engagierte Wissenschaft, als Kolleg*innen in den Hochschulen, als Gewerkschafter*innen.

Katharina Stierl https://studentsforfuture.info/

Schrumpfen oder grün wachsen

Viele Ökonom*innen sehen Klimawandel und steigenden Ressourcenverbrauch inzwischen als zentrale Probleme der globalen Wirtschaft. Umstritten ist allerdings, ob Wirtschaftswachstum an sich problematisch ist oder ob der Teufel nicht eher in bestimmten Wachstumsprozessen steckt. Im Zentrum der Debatte steht die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, und ob das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein geeigneter Indikator für Wohlstand ist.

VON MICHAEL NIEDWOROK

Dass Wachstum an Grenzen stößt, hatte bereits eine Studie im Auftrag des "Club of Rome" 1972 dargestellt. Mit computergestützten Modellrechnungen schätzten die Expert*innen ab, wie verschiedene Pfade der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sich auf den ökologischen Fußabdruck der Menschheit auswirkten. Die Prognosen waren beunruhigend: "Weiter so" würde die Welt in Richtung Kollaps führen. Schon damals resümierten die Forscher*innen, dass ganz neue Vorgehensweisen erforderlich seien, "um die Menschheit auf Ziele auszurichten, die anstelle weiteren Wachstums auf Gleichgewichtszustände führen."

Heute, fast 45 Jahre später, ist von einer Neu-Ausrichtung wenig zu sehen. Land- und Ressourcenverbrauch, Überfischung der Meere und Bevölkerungszahl erreichen ständig neue Höchststände. Der damals noch nicht abschätzbare Klima-Wandel wird durch Extremwetter-Ereignisse selbst im Alltag spürbar. Postwachstums-Ökonomen wie etwa Niko Paech sehen die Ursache vor allem im steigenden Konsum – Folge eines Wachstumszwangs moderner Industriegesellschaften. Gebrochen werden soll dieser Trend durch Rückbau der Industrie, Arbeitszeitverkürzung, Genügsamkeit, gemeinschaftliche Nutzung vieler Güter und Subsistenz. Ziel ist es, auf ein Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts nicht mehr angewiesen zu sein.

ver.di und das gewerkschaftsnahe Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) fordern dagegen einen sozial-ökologischen Umbau. Wachstum muss dahingehend bewertet werden, wie es sich auf Lebensqualität und Ökologie auswirkt. So steigert ein rascher Ausbau der erneuerbaren Energien das BIP ebenso wie mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Pflege



oder den öffentlichen Raum. All das ist wünschenswert – anders als der immer raschere Handel mit Finanzprodukten oder die wachsende Nachfrage nach Antidepressiva.

Ein sinkendes BIP kann dazu führen, dass sich der Staat aus der Modernisierung der Infrastruktur, sozialen Dienstleistungen und Bildung zurückzieht – mit jeweils negativen Auswirkungen für die Nachhaltigkeit. Als soziale Katastrophe zeigte sich eine solche Entwicklung in Griechenland im Zuge der Euro-Krise.

Auch die Gewerkschaften verabschieden sich von der Vorstellung, Wachstum sei unerlässlich. Zugleich sehen sie aber auch die Möglichkeiten, durch ein steigendes BIP wirksam in die Nachhaltigkeit der Gesellschaft zu investieren. Welche Bereiche wachsen oder schrumpfen, sollte in einem demokratischen Prozess bestimmt werden und nicht durch deregulierte Marktkräfte.

Forschen für die große Transformation

Zwei junge Wissenschaftler*innen planen ein Buchprojekt: "Forschen für die große Transformation". Die beiden sind auch zivilgesellschaftlich engagiert und wollen die Rolle der Hochschulen für die sozial-ökologische Wende beleuchten. Wer Ideen, Wünsche oder Vorschläge für das Buchprojekt einbringen möchte, kann an einer Online-Umfrage teilnehmen.

https://t1p.de/b918

Klimagewicht von Zutaten abmessen

Wie klimabelastend eine Mahlzeit oder eine Zutat ist, lässt sich im Internet mit der Klima-Teller-App feststellen. Eine Avocado schlägt mit 4,5 Mal so viel CO₂ zu Buche wie ein Apfel. Sehr entscheidend ist auch, ob Gemüse im Freiland oder im beheizten Treibhaus gewachsen ist. Ein Kilo Biotomaten aus der Region verursacht im Sommer 35 Gramm CO₂, konventionell angebaute Tomaten 85 Gramm — während der Wert im Winter in beiden Fällen auf über 9000 Gramm hochschnellt. Am belastendsten fürs Erdklima sind aber tierische Produkte, insbesondere Rindfleisch und Butter.



Vegetarisch – voll im Trend

Die Erd-Erhitzung ist in aller Munde - und für viele Mensa-Leiter*innen schon lange ein Thema. Schließlich sind je nach Studie zwischen 15 und 21 Prozent der klimaschädigenden Gase auf die gegenwärtige Art der Ernährung zurückzuführen. Wichtige Faktoren sind der Düngereinsatz auf den Äckern, hoher Fleischanteil, Verpackung, Transport und Zubereitung. Etwa ein Drittel der Lebensmittel landen außerdem im Müll. Wo täglich tausende Studierende mit Essen versorgt werden, ist Klimaschutz von hoher Relevanz. Sarah Bock, Referatsleiterin Hochschulgastromomie beim Deutschen Studentenwerk berichtet von vielfältigen Aktivitäten. "Welches Studentenwerk beim Thema Klimaschutz ganz besonders fortschrittlich ist, lässt sich aber nicht sagen."

VON ANNETTE JENSEN

In Freiburg ist Ulrich Stelter zuständig für die Hochschulgastronomie. "Ich versuche immer, möglichst regional und saisonal einzukaufen", berichtet der ehemalige Kulturmanager. Das spare Transporte – jetzt und in Zukunft. Damit die lokale Wirtschaft auch langfristig liefern kann, ordert Stelter beispielsweise bei Schwarzwaldmilch und bezahlt dafür faire Preise. Auch in den Mensa-Küchen wird Klimaschutz groß geschrieben. Um die Warmhaltezeiten kurz und den Energieverbrauch niedrig zu halten, bereiten die

Köch*innen das Essen nach aktuellem Bedarf zu. Ein italienischer Nudeltopf nutzt das heiße Wasser immer wieder und ermöglicht so eine Nachlieferung in fünf bis sieben Minuten. Weil das Küchenpersonal die Zutaten nur dann aus dem Kühlschrank holt, wenn sie gebraucht werden, gibt es am Ende wenig Reste.

In Ulm versucht man dem Problem der Lebensmittelverschwendung auf andere Weise Herr zu werden. Weil alles, was schon mal erwärmt war oder in den Ausgabetheke gelegen hat aus lebensmittelhygienischen Gründen nicht weiterverwendet werden darf, gibt es in der letzten Viertelstunde alles zu sehr günstigen Preisen. Wer kein vollständiges Menü mehr bekommt, kann sich allerdings nicht beschweren: Nachgelegt wird nichts mehr. In Frankfurt am Main soll dagegen Software helfen, den Wareneinkauf und die Speiseplanung der Mensen so zu optimieren, dass keine Überproduktion stattfindet, berichtet Sarah Bock

Auch bei der Verpackung gehen viele Mensen und Cafeterien neue Wege: Vielerorts sind Einweg-Becher für Kaffee ganz abgeschafft oder sie kosten einen Aufschlag. "Coffee-to-stay" lautet das Motto. Vor allem bei jungen Menschen liegt eine pflanzenbasierte Ernährung im Trend. Das ist aus klimapolitischer Sicht überaus erfreulich, denn tierische Produkte belasten die Atmosphäre stark. Noch Anfang der 2000er Jahre gab es in den rund 400 Mensen nur etwa zehn Prozent vegetarische Gerichte – heute sind es vielerorts die Hälfte. Das Leipziger Studentenwerk veranstaltet regelmäßige Veggi-Days, in Hamburg kommt jeden Tag ein "Klimateller" auf den Tisch, und in München signalisiert die "Grüne Linie", dass die Zutaten überwiegend aus regionaler Produktion stammen.

Schon seit einigen Jahren existiert in Nürnberg-Erlangen eine kleine vegane Hochschulkantine, wo weder Fleisch noch Milch oder Eier verarbeitet werden. In Berlin eröffnete die "tiefgrüne Veggie 2.0" in diesem Frühjahr. Vor einigen Jahren hatte die erste fleischlose Mensa in Berlin noch eine kleine Protestwelle verursacht: Eine Gruppe mit dem Slogan "Fresst Eure Körner doch alleine" hatte es sogar ins Studentenparlament geschafft. Inzwischen sind vegetarisch und vegan völlig normal. Bock geht davon aus, dass sich über 30 Prozent der Studierenden heute fleischlos ernähren.



Lebensmittel gehören nicht in den Müll

In Deutschland werden jährlich 18 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen. In den vergangenen Jahren hat die Zivilgesellschaft Infrastrukturen aufgebaut, um der Verschwendung entgegen zu wirken. Lebensmittelretter*innen arbeiten vielerorts gut mit Hotels, Kongresszentren, Kantinen und Restaurants zusammen. Die Gastronomiebetriebe melden überschüssige Speisen – die Aktivist*innen holen sie ab. Sind die Wege gut eingespielt, ist der Aufwand minimal.

Die "geretteten" Lebensmittel werden entweder bei der Tafel verteilt oder von Privatpersonen gegessen. In einigen Städten stehen "Fairteiler" und Kühlschränke an offen zugänglichen Orten, wo sich jeder und jede bedienen kann. Manchen größeren Organisationen informieren ihre Mitarbeitenden auch per Rundmail, wenn bei einem Buffet im Haus etwas übrig geblieben ist und bitten sie, sich zu bedienen. Auf Antrag aus unserem Fachbereich wurde der ver.di-Bundesvorstand beauftragt dafür zu sorgen, dass in den Häusern der Gewerkschaft künftig keine Lebensmittel mehr weggeschmissen werden.



Unis als Orte der Klimaschutzpraxis

Kein Geld für Kohle

Öl, Gas und Kohle müssen im Boden bleiben – kein Geld mehr für Konzerne, die Geld mit fossilen Energien verdienen. Das ist der Kern der De-Invest-Kampagne. Entstanden ist sie 2010 an einer Hochschule in Pennsylvania, wo Studierende forderten, dass ihre Studiengebühren nicht in schmutzige Aktien investiert werden. Bald schwappte die Bewegung nach Europa über: Viele Kommunen, Pensionsfonds, Universitäten, Stadtverwaltungen und Unternehmen haben ihr Geld aus der Fossil-Industrie abgezogen. In Kassel, Göttingen, Freiburg und Münster gibt es sehr aktive Hochschulgruppen. Klar ist aber auch: Der Kohleausstieg muss sozialverträglich ablaufen. Die dort arbeitenden Menschen dürfen nicht die Rechnung für die notwendige Entwicklung zahlen.

https://gofossilfree.org/de/ https://350.org/de/uber350/



Klimaneutralität bis 2050 ist das Ziel des Pariser Klima-Abkommens – wo, wenn nicht an den Universitäten, sollten die ambitioniertesten Schritte in diese Richtung gemacht werden? Einige Einrichtungen sind schon auf dem Weg zur Umsetzung.

VON MICHAEL NIEDWOROK

An der Universität Leipzig und der TU Berlin fanden Vollversammlungen zum Thema statt, an denen sich auch Vertreter*innen von "Scientists for Future" beteiligten. Weitere Hochschulen folgten, unter anderem in Braunschweig, Eichstädt, Göttingen, Darmstadt, Münster, Bonn, Hamburg und wahrscheinlich auch noch anderswo.

Jahrelang war die Studierendenschaft in einer Art Dorn-röschenschlaf versunken, Vollversammlungen fanden nicht statt. Nun aber entsteht eine ähnliche Dynamik, wie sie derzeit auch in den Kommunen zu beobachten ist, wo eine Klimanotstands-Bewegung immer mehr Schwung gewinnt.

Die Beschlüsse der Versammlungen sind ambitioniert. Meistens wird Klimaneutralität schon für das Jahr 2030 oder sogar noch früher eingefordert. Zentrale Elemente sind regelmäßige "CO₂-Berichte" und die Überprüfung, wie sich hochschulpolitische Entscheidungen auf die Erd-Erhitzung auswirken. So schnell wie möglich sollen kleinere oder größere Maßnahmen dazu beitragen, auf das Klimaziel hinzusteuern.

Die praktischen Beiträge der Hochschulen sind vielfältig. Das beginnt beim Verzicht auf Plastikverpackungen, geht über vegetarisches Essen in den Mensen bis hin zu emissionsarmer Energieerzeugung auf dem Campus, einer grünen IT und der Klimaneutralität von Gebäuden. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt auch die Kompensation von Treibhausgasen insbesondere als Ausgleich für Flugreisen, wenn Wissenschaftler*innen internationale Konferenzen besuchen.

Auch wenn viele Hochschulen schon länger versuchen, sich klimaschonend auszurichten, so

krankt das Nachhaltigkeitsmanagement doch häufig an der Befristung von Stellen. Auch die Projektfinanzierung setzt einer kontinuierlichen Entwicklung Schranken.

Mit einem verstetigten Klima-Monitoring könnte sich das jetzt endlich ändern. Ein paar Vorreiter gibt es schon. So hat zum Beispiel die Freie Universität Berlin 2015 eine Stabsstelle Nachhaltigkeit & Energie gegründet und dort 15 unbefristete Stellen eingerichtet.

Ebenso gibt es bereits mehrere Hochschulstandorte, wo intensiv in die Klimafreundlichkeit von Gebäuden und Betrieben investiert wird. Be-

sonders große Einsparungen von Treib-

hausgasemissionen lassen sich durch Wärmedämmung und eine eigene Energiegewinnung erzielen. Viele Hochschulen setzen dabei auf Kraft-Wärme-Kopplung, also die gleichzeitige Produktion von Heizenergie und Strom. Die Kombination ermöglicht eine effiziente Nutzung der Primärenergie, und außerdem vermeidet die Vor-Ort-Produktion

Leitungsverluste. So hat die Universität Göttingen in diesem Jahr ein weiteres Blockheizkraftwerk auf den Weg gebracht und wird bald 60 Prozent ihres Stroms und die komplette Heizenergie selbst erzeugen.

Gute Beispiele gibt es auch für Investitionen in die Erneuerbaren. An der Berliner TU waren es Studierende in einem selbstorganisierten "Energieseminar", die 2014 den entscheidenden Anstoß gaben. Sie erstellten eine Machbarkeitsstudie zur Installation von Solarmodulen auf den Dächern der Universität. Mit Unterstützung der Hochschulleitung und nach Gründung eines für die Bewirtschaftung der Solaranlagen zuständigen Vereins konnten sie 2017 eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach der Uni-Bibliothek installieren. Der Strom wird nun günstig an die TU verkauft. Mit den Erlösen finanziert der Verein seine Bildungsarbeit und aktuell einen Wettbewerb. Unterstützt werden sollen damit Initiativen im Bereich Energie und Umwelt, die in die Fußstapfen der Studierenden von einst treten.

Grüne Bibliotheken

Klima- und Ressourcenschutz wurden Bibliotheken gleichsam in die Wiege gelegt: Bücher leihen und teilen verhindert Neukauf, spart Papier, schont Bäume, schützt das Klima. Bibliothekar*innen sind somit die Vorreitenden des heutigen Sharing-Booms. Viele von ihnen spüren die Notwendigkeit, sich noch stärker für Nachhaltigkeit einzusetzen: In der noch jungen #Libraries4Future-Initiative verpflichten sich Bibliotheksbeschäftigte und -verbände zu klima- und ressourcenbewusstem Arbeiten.

VON ANDREA KAUFMANN

Es gibt schon viele Beispiele, wie Bibliotheken ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern. Sie verpflichten Lieferanten, mit dem Lastenfahrrad zu kommen, fördern Bahnfahrten anstelle des Fliegens, produzieren Ökostrom und organisieren betriebliche Abläufe nach Umweltkriterien. Dafür gibt es viele Ansätze: Heizung, Strom, Lüftung, Licht, Wasser und nachhaltiger Bürobetrieb. Mancherorts stehen Bienenstöcke auf dem Dach, anderswo verzichten öffentliche Bibliotheken darauf, Bücher in Plastikhüllen einzuschlagen.

Besonders stark sind Bibliotheken dort, wo sie anschaulich ökologisches Alltagswissen verbreiten. In Mannheim findet die Leseförderung der Stadtbibliothek häufig in Stadtparks, auf Spielplätzen und in Schwimmbädern statt – die Bücher reisen mit einem Lastenfahrrad an. In der Philologischen Bibliothek der FU Berlin können Leser*innen sich auf ein Trimmfahrrad setzen und dabei ihr Handy aufladen – spielerischer Klimaschutz, Gesundheits- und Lernförderung in einem.

Mit Hilfe von Kooperationspartner*innen werden Bibliotheken zu sozial-ökologischen Bildungsplattformen und Orten des gesellschaftlichen



Kinder und NABU haben in der Bibliothek von Bad Oldesloe ein Insektenhotel gebaut

Umdenkens. Die Stadtbibliothek Bad Oldesloe ist hochaktiv als Veranstalterin und Vernetzerin. Jährlich findet eine lokale Nachhaltigkeitsmesse statt mit Workshops, Do-it-yourself-Aktivitäten, Ausstellungen und Radtouren. Dabei fanden auch die Initialzündungen statt, eine solidarische Landwirtschaft aufzubauen und eine Urban-Gardening-Kooperation zwischen einem Altenheim und einem Kindertreff zu organisieren.

Upcycling-Workshops, Repair-Cafés, "Bibliotheken der Dinge" und die Ausleihe von Energiemessgeräten helfen, Alltag und Konsumgewohnheiten zu ändern. Leihsämereien machen Lust, sich mehr mit dem Thema Ernährung, Landwirtschaft und Biodiversität zu beschäftigen. Büchertische oder Ausstellungen zu ökologischen Themen motivieren zum Weiterlesen. Durch Vernetzung mit wissenschaftlichen Initiativen können Bibliotheken auch denen etwas bieten, die sehr tief in die Materie einsteigen wollen.

Weltweit werden Bibliotheken bereits als Motoren für eine klimagerechte und nachhaltige Entwicklung angesehen und gefördert. Als dezentrale Organisationen, durch ihre Vernetzung mit vielen Bildungsinstitutionen und ihren niedrigschwelligen Zugang sind Bibliotheken geradezu prädestiniert, partizipative Prozesse zwischen unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen zu gestalten. Genau das fordern Nachhaltigkeitswissenschaftler*innen: Eine verständnisvolle Kommunikationskultur und eine gemeinsame Suche nach Lösungen für die Zukunft. Es bleibt zu wünschen. dass auch die Politik in Deutschland erkennt, dass **Bibliotheken als Platt**formen und aktive Gestalterinnen für klimagerechte Kommunen ein immenses Potenzial haben.

Die Autorin ist Vorsitzende im "Netzwerk Grüne Bibliothek", www.netzwerk-gruene-bibliothek.de.

Weitere Beispiele unter https://www. biblio2030.de/beispielsammlung/ und unter #WeGreenItUp

Klimaschonend konferieren

Mit Videokonferenzen lassen sich im Vergleich zu internationalen Meetings oft große Mengen CO_2 einsparen – das ist das Ergebnis mehrerer Studien, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammenfassen ließ. Zwar verbraucht auch die digitale Technik einigen Strom: Eine Studie errechnet beispielsweise 215 Kilogramm CO_2 für eine fünfstündige

Sitzung in drei Medienräumen irgendwo auf dem Globus. Doch schon ein Teilnehmender, der mit dem Flugzeug anreist, verursacht ein Vielfaches dieser Menge an klimaschädlichen Gasen. Ob Videokonferenzen allerdings reale Treffen vermeiden, ist fraglich: In vielen Betrieben ist die Zahl der Reisen parallel zur Zahl der Videokonferenzen gestiegen.

Umwelt und Soziales gehören zusammen

Gleich zu Beginn seiner Grundsatzrede auf dem ver.di-Bundes-krongress steckte der neue Vorsitzende Frank Werneke den Rahmen ab, in dem sich Gesellschaft und Arbeitswelt heute bewegen: "Technologischer Fortschritt, Klimawandel und zunehmende soziale Ungleichheit." In der Klimapolitik gelte es, eine drohende ökologische Katastrophe abzuwenden. "Unsere Aufgabe ist, diesen Umbau, diese Transformation, sozial zu gestalten, ohne dass neue Ungerechtigkeit entsteht", sagte Werneke. Später beschloss die Versammlung den Leitantrag "Nachhaltige Wirtschaft und aktiver Staat" – und damit die wohl fortschrittlichste gewerkschaftliche Positionierung zu diesem Themenbereich.

Der Leitantrag C 001 benennt klar die existenzielle Bedeutung von Umweltschutz in Zeiten des Klimawandels. Ein sozial-ökologischer Umbau ist unabweisbar notwendig, gesteuert durch einen demokratischen und aktiven Staat. In vielfältigen Handlungsfeldern haben sich Politik, Verwaltung und Wirtschaft an dieser Grundmaxime auszurichten: Öffentliche Daseinsvorsorge, Energie, Verkehr, Gebäudesanierung und Infrastruktur, Produktion, Umweltund Artenschutz, um nur einige zu nennen. Auch die Richtschnur für das eigene Handeln beschreibt ver.di in diesem Grundsatzbeschluss: "Unsere gewerkschaftliche Aufgabe ist es, betriebs- und tarifpolitisch dafür zu sorgen, dass die ökologische Transformation

einhergeht mit mehr guter Arbeit und sozialer Sicherheit." Dem Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung gelang es, an mehreren Stellen Konkretisierungen in den Leitantrag einzubringen. Dabei ging es um die Ablehnung von Massentierhaltung, Monokulturen sowie Landschaftszerstörung durch Braunkohletagebau.

Auf der Straße ist ver.di ebenfalls mit dabei: Die Beteiligung an den Demonstrationen an den Klimastreiktagen am 20. September und 29. November hatte die Gewerkschaft befürwortet. Darüber hinaus findet auf verschiedenen Ebenen eine Zusammenarbeit mit Fridays for Future statt.

ver.di vereint dabei die verschiedensten Seiten: Mitarbeiter*innen von Greenpeace sind ebenso bei uns organisiert wie Beschäftigte aus der Energiewirtschaft, die in vom Strukturwandel betroffenen Bereichen arbeiten und sich um ihre Zukunft sorgen. Ihnen müssen Perspektiven z.B. durch Qualifizierung geboten werden. Diese Vielfalt in der ver.di-Mitgliedschaft macht es nicht immer einfach, eine Positionierung zu finden, die alle im Detail mittragen können. Doch am Ende eines solchen Diskussionsprozesses steht eine differenzierte Position, die verschiedene Sichtweisen und Interessen berücksichtigt und zeigt, dass gute Arbeit und gute Umwelt zusammen gehören.

O-Ton ver.di-Leitantrag C001

Nachhaltige Wirtschaft und aktiver Staat

Alle Menschen sind unmittelbar vom ökologischen Wandel betroffen. Sei es in Form gesundheitlicher Beeinträchtigungen und/oder durch den ökonomischen Strukturwandel, der durch die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende ausgelöst wurde. Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2015 17 globale Entwicklungsziele beschlossen und sich völkerrechtlich zur Umsetzung bis zum Jahr 2030 verpflichtet (Agenda 2030). Der ökologische Umbau kann nur gelingen, wenn die betroffenen Menschen mitgenommen werden. Unsere gewerkschaftliche Aufgabe ist es, betriebs- und tarifpolitisch dafür zu sorgen, dass die ökologische Transformation einher geht mit mehr guter Arbeit und sozialer Sicherheit. Dabei ist die Umweltbewegung ein wichtiger Bündnispartner ...

Ein demokratischer und aktiver Staat muss die zentralen Ziele des sozial-ökologischen Umbaus selbst vorgeben. Um diese Ziele

zu erreichen, muss die gesamte Wirtschaft umgestaltet werden und die Lebensweise der Bevölkerung sich verändern. Produktion und Konsum müssen auf Ressourcen-Ersparnis, geschlossene Stoffkreisläufe und Wiederverwertung umgestellt werden ...

Ein ordnungspolitischer Rahmen reicht dafür nicht aus. Der Staat muss dauerhaft wirksame Nachfrage schaffen, organisieren und anreizen, damit Strukturen umgebaut und notwendige Investitionen getätigt werden. Dort, wo Wettbewerb und Privateigentum ihren Wohlfahrtszweck nicht oder nur mangelhaft erfüllen, müssen sie durch andere Eigentumsformen – öffentliches und genossenschaftliches Eigentum – und Verfahren ersetzt werden. ... Die Finanzinstitute müssen wieder zu Dienstleistern der Realwirtschaft werden. Die weit verbreitete Shareholder-Value- und Kurzfristorientierung vieler Finanzmarktakteure ist blind für ökologische Zusammenhänge. Hier bedarf es einer Regulierung.

Benjamin Stephan arbeitet seit drei Jahren bei Greenpeace als Campaigner für Klima und Mobilität



Videokonferenzen statt Fernreisen

biwifo: Wissenschaftler*innen – auch aus der Klimaforschung – reisen häufig mit dem Flugzeug zu Kongressen. Auch Greenpeace-Mitarbeiter*innen sind viel unterwegs. Hat Ihr Kampf für Klimaschutz da nicht ein Glaubwürdigkeitsproblem?

Benjamin Stephan: Nein, das hat er nicht. Wir halten in allen Bereichen unseren CO_2 -Fußabdruck so klein wie möglich. Bei Reisen von Greenpeace-Mitarbeiter*innen steht als erstes die Überlegung, ob sie verzichtbar sind. Als globale Organisation haben wir überall auf der Welt Vertretungen – Kolleg*innen vor Ort können deshalb vieles übernehmen Den Großteil der Kommunikation erledigen wir über Videokonferenzen.

Und wenn Sie doch irgendwohin müssen?

Dann fahren wir meist mit der Bahn. Für Termine in Rom, London, Wien, Amsterdam und Brüssel habe ich den Zug genommen. Bei Inlandsreisen war das Flugzeug schon immer tabu. Seit 2019 schreiben unsere Reiserichtlinien europaweit Bahnfahrten vor, wenn das Ziel innerhalb von 24 Stunden erreichbar ist. Jede Flugreise muss außerdem von der Geschäftsführung genehmigt werden.

Sind Reisezeiten Arbeitszeiten?

In meinem Fall ja, da ich so viel zu tun habe, dass ich auch meine Reisezeit zum Arbeiten nutzen muss – und das geht nur in der Bahn gut. Zwischen Hamburg und London gibt es quasi durchgängig Internetverbindung und so kann ich eigentlich alles machen, was ich sonst am Rechner im Büro erledigen würde – außer Videokonferenzen. Das klappt bisher nur auf manchen Teilstücken. Natürlich gibt es ab und zu Funklöcher und deshalb muss ich etwas besser als sonst planen, was ich wann erledige.

Sie haben bis vor fünf Jahren selbst als Klimawissenschaftler an der Universität Hamburg geforscht und gelehrt. Sehen Sie grundlegende Unterschiede zu Ihrer heutigen Arbeit?

An Hochschulen sind Videokonferenzen nach meiner Erfahrung noch die große Ausnahme. In Hamburg haben wir einmal einen Professor aus Kanada für eine Vorlesung und Diskussion zu einem Doktorandenworkshop zugeschaltet. Auch bei der Verteidigung meiner Doktorarbeit 2013 war ein Kommissionsmitglied per Video dabei. Das war in beiden Fällen Neuland für die Universität und die nötige Technik musste ich selbst zusammenschustern. Vor wenigen Wochen war ich in

Jena auf einer großen Soziologie-Konferenz. Zwei Wissenschaftler aus Amsterdam waren per Video zugeschaltet. Das Panel fand zwar im gut ausgestatteten Medienlabor der Universität statt, aber aus den Reaktionen der Anwesenden war zu schließen, dass das immer noch eine absolute Ausnahme ist. An unseren Bürostandorten gibt es feste Videokonferenzräume, auf unseren Laptops und Telefonen ist die nötige Technik installiert, um auch teilnehmen zu können, wenn wir unterwegs sind. Ich habe manchmal drei Videokonferenzen am Tag.

Zur DNA von Greenpeace gehört Umweltschutz so wie für ver.di Arbeitsrecht. Haben Sie Richtlinien, was Ressourcen und Bezugsquellen für das Greenpeace-Magazin und Werbematerial angeht?

Für das Greenpeace Magazin und die Greenpeace Nachrichten hat die Greenpeace Medien GmbH klare Kriterien. Gedruckt wird auf 100% Recyclingpapier und ohne Chlorbleiche, die Druckfarben sind schwermetallfrei. Im Zuge der Greenpeace-Textilkampagne "Detox" für chemikalienfreie Kleidung haben wir das Sortiment des Greenpeace Warenhauses auf das höchstmögliche Niveau gehoben. Unsere T-Shirts produziert der Schweizer Biopionier Remei, der die ganze Lieferkette vom Biobaumwollfeld über die Fabrik bis zur Verpackung auf Chemikalienrückstände und faire Arbeitsbedingungen kontrolliert.

Greenpeace finanziert sich überwiegend durch Spender*innen. Untersuchungen belegen, dass die Unterstützer*innen überdurchschnittlich viel reisen und oft große Autos besitzen. Wie versuchen Sie, diese Menschen bei Laune zu halten und ihnen zugleich einen Spiegel vorzuhalten?

Veränderungen erreicht man, indem Unternehmen ihr Angebot, die Politik die Regeln oder Verbraucher*innen ihr Verhalten ändern. In vielen Kampagnen setzen wir an mehreren Hebeln gleichzeitig an – und sind nicht zögerlich, wenn es um Konsumfragen geht. Für einige unsere Forderungen im Bereich Verkehr oder unsere Aktionen gegen SUVs auf der IAA in Frankfurt haben wir nicht nur Zuspruch bekommen. Auch manche Förderer fanden das nicht gut. Solche Konflikte scheuen wir nicht.

Interview: Annette Jensen

■ Neue Regeln für SGB II und III sind in Arbeit

Die Bundesregierung plant Änderungen in der Weiterbildung von Arbeitslosen. Die Zulassung von Trägern und Maßnahmen im Bereich Sozialgesetzbuch II und III soll neu geregelt werden. Dazu laufen gegenwärtig Anhörungen mit den Sozialpartnern und Fachverbänden. ver.di fordert mehr Qualitätssicherung für die künftige Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV).

Die Weiterbildungsförderung nach SGB II und III ist ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument. Zentrale Kriterien für die Qualität solcher Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sind nicht nur die fachliche Qualifikation und pädagogische Eignung des eingesetzten Lehrpersonals. Ebenso entscheidend sind die Bedingungen, unter denen die Dozent*innen arbeiten. Dazu zählen Personalschlüssel ebenso wie die Einhaltung von Tarifverträgen. Darauf verweist ver.di in einer Stellungnahme: "Wenn ein bestimmtes Qualifikationsniveau der Lehr- und Fachkräfte für die Sicherstellung eines geforderten Qualitätsstandards notwendig ist, dann hat das seinen Preis. Entsprechend führt das Unterschreiten eines bestimmten Preises zu Qualitätseinbußen." Bisher wird eine angemessene Bezahlung bei der AZAV nicht berücksichtigt.

Hochproblematisch ist auch, dass die Zertifizierungseinrichtungen von den Weiterbildungsanbietern bezahlt werden.
Abstriche bei Qualitätsanforderungen sind damit überaus wahrscheinlich. Notwendig ist eine Entkoppelung von Finanzierung und Prüfung. Denkbar ist eine Fondslösung mit einem Aufsichtsrat, in dem die Sozialpartner vertreten sind.

Sonntagsöffnung durch die Hintertür

rankenhäuser, Polizeistationen und Wasserwerke müssen sonntags besetzt sein – für solche Bereiche der Daseinsvorsorge sieht das Arbeitszeitgesetz Ausnahmeregelungen vor. In Nordrhein-Westfalen soll aber auch Sonntagsarbeit für Beschäftigte in Öffentlichen Bibliotheken bald als normal gelten. Am 9. Oktober hat der Landtag in Düsseldorf einstimmig das "Bibliotheksstärkungsgesetz" verabschiedet. Es nutzt die Bedarfsgewerbeverordnung, um auch am Wochenende einen vollen bibliothekarischen Service mit Fachpersonal zu ermöglichen. Das Arbeitszeitgesetz und das im Grundgesetz verankerte Recht auf Sonntagsruhe werden dabei umgangen.

Als freiwillige Aufgabe der Kommunen sind Öffentliche Bibliotheken dramatisch unterfinanziert. Vielerorts reicht das Personal nicht einmal, um die originären Aufgaben zu erledigen. Bereits jetzt sind Schließtage innerhalb der Woche oder servicefreie Öffnungszeiten keine Seltenheit. Auch gibt es schon völlig personalfeie Automa-

ten-Bibliotheken – bezeichnet als "Open Library". Vor diesem Hintergrund ist Sonntagsöffnung ein "Luxus", den sich nur relativ wenige große Bibliotheken in finanziell gut ausgestatteten Kommunen leisten können. Absehbar ist jedoch, dass von solchen "Leuchttürmen" ein massiver Druck auf die ärmeren und schlechter aufgestellten Bibliotheken ausgehen wird. Auch werden die bibliothekarischen Berufsverbände das NRW-Gesetz sicher anderen Bundesländern als Vorbild empfehlen.

2012 hat ver.di erfolgreich gegen den Versuch in Hessen geklagt, die Sonntagsöffnung von Bibliotheken durch die Hintertür einzuführen. In NRW steigen nun die Befürchtungen, die Gewerkschaft könnte auch hier den Klageweg beschreiten. Die Sorge ist berechtigt. ver.di hat sich schon immer dafür eingesetzt, den arbeitsfreien Sonntag für die Bibliotheksbeschäftigten und ihre Familien zu verteidigen.

Kerstin Thorwirth

Mehr Geld für Bibliotheksbeschäftigte

m Ende hat sich der lange Atem gelohnt: Ab Anfang nächsten Jahres sind Bibliotheksbeschäftigte der Länder nach dem allgemeinen Teil der Entgeltordnung eingruppiert. Die Kriterien von "Speziellen Tätigkeitsmerkmalen" gelten dann nicht mehr, auch die "kleine" und "große" Entgeltgruppe 9 (EG 9) wurden abgeschafft. Mehr als ein Vierteljahrhundert hatten sich Gewerkschaften und Berufsverbände dafür eingesetzt. Mit dem Tarifabschluss vom 2. März 2019 wurde diese uralte Forderung endlich erfüllt. Übrigens: Auch in Hessen, wo die Landesbeschäftigten nicht unter den TV-L fallen, sind diese Änderungen geplant.

Den Bibliotheksbeschäftigten der Länder bringt das viele neue Ein- und Höhergruppierungsmöglichkeiten zwischen EG 3 und EG 12. So führt etwa eine Tätigkeit mit einem Drittel selbstständiger Leistungen bisher in die EG 6; ab Januar aber in die EG 8, was schon beim Berufseinstieg einen Unterschied von mehr als 200€ brutto bedeutet. Allerdings gibt es keine automatische Überprüfung oder Neubewertung durch die Arbeitgeber, da im Einzelfall auch der Verbleib in der alten Entgeltgruppe günstiger sein kann. Deshalb sollen die Betroffenen selbst entscheiden können. Betroffene sollten im kommenden Jahr einen schriftlichen, formlosen Antrag bei ihrer zuständigen Personalabteilung stellen, dieser wirkt dann immer auf den 1. Januar 2020 zurück.

Die Höhergruppierungen erfolgen allerdings nicht "stufengleich", sondern nach dem "alten" und leider sehr komplizierten Verfahren des § 17 Absatz 4 TV-L. Sowohl wegen der Chancen als auch der durchaus vorhandenen Fallstricke eines Antrags sollten sich alle Betroffenen von ver.di und ihrem Personalrat beraten lassen. • Wolfgang Folter

GUTE ARBEIT

ver.di stellt sich für die Zukunft auf



Sieben Tage Bundeskongress – die Tagung des höchsten ver.di-Organs vom 22. bis 28. September in Leipzig hatte neben Wahlen und Antragsberatung auch Emotionen zu bieten.

VON BIRTHE HAAK

Beeindruckender Auftakt war der Eröffnungsabend. Anknüpfend an den Kongress 2015, der neben einer zur Notunterkunft umfunktionierten Messehalle für 1000 Geflüchtete stattgefunden hatte, trat der syrische Pianist Aeham Ahmad auf. Er war 2014 mit seinem Klavier durch die Trümmer von Damaskus gezogen, um vor allem Kindern in der bedrückenden Situation etwas Freude zu machen. Ein Jahr später floh er über die Balkanroute nach Deutschland und lebt hier seitdem mit seiner Familie. Auf die Bitte, etwas über Deutschland zu sagen, antwortete er: "Die Gedanken sind frei!" Dann stimmte er das Lied an – und ein Chor aus über 1.000 Delegierten und Gästen sang mit. Viele bekamen dabei Gänsehaut.

Die ersten Kongresstage waren geprägt von Wechseln an der Spitze der Organisation. Neben Veränderungen im Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat war dies vor allem die Verabschiedung von Frank Bsirske, der seit ver.di-Gründung 18 Jahre lang Vorsitzender war. Wegbegleiter*innen aus dem In- und Ausland würdigten seine Leistungen.

Der Vorname bleibt, Nachname und Charakter ändern sich: Der neue Vorsitzende Frank Werneke konnte sich über das klasse Wahlergebnis von 92,7 Prozent freuen. Nach seiner beeindruckenden Grundsatzrede holte er seine beiden Stellvetreterinnen Andrea Kocsis und Christine Behle auf die Bühne und signalisierte damit allen: "Wir sind ein Team!" Als neue Leiterin unseres Fachbereichs wurde Sylvia Bühler gewählt, die bereits seit 2013 dem Bundesvorstand angehört und den Fachbereich Gesundheit und Soziales leitet.

Streikende der Postbank und die gerade bekannt gewordene Insolvenz des Reiseunternehmens Thomas Cook brachten eindrücklich aktuelle betriebliche Auseinandersetzungen in den Kongress.

Die Antragsberatung zeigte große Übereinstimmungen in ver.di bei Forderungen bezüglich der Arbeitswelt: Befristungen sind zu bekämpfen, die Tarifbindung zu erhöhen. Es gilt, die öffentliche Hand bei ihrer Vergabepraxis in die Pflicht zu nehmen und die Debatte um Arbeitszeitverkürzung bei Lohn- und Personalausgleich in die Gesellschaft zu tragen. Beraten wurde auch über gesellschafts- und sozialpolitische Fragen wie eine gute Alterssicherung, die soziale Ausgestaltung der Digitalisierung sowie der Kampf gegen Rechtspopulismus. Bei den meisten Themen zeigte sich eine Einigkeit in der Grundrichtung, während um konkrete Details manchmal intensiv gerungen wurde.

Die in den vergangenen Jahren von ver.di entwickelten bildungspolitischen Positionen sind weiterhin aktuell. Deshalb wurde auf die Neufassung eines Grundsatzantrags verzichtet. 29 Anträge widmeten sich Teilaspekten. Das reichte von gewerkschaftspolitischer Bildung an Schulen über lebenslange Weiterbildung bis zur Unabhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln. Der Hauptantrag der Bundesfachbereichskonferenz 5, der Bildung als Schlüssel zur Integration hervorhebt, wurde mit kleinen Ergänzungen angenommen.

Alle wesentlichen Informationen zum Bundeskongress einschließlich Grundsatzrede, Tagesprotokollen und Anträgen sind zu finden unter:

https://www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress-2019

■ Workshop: TV Stud für alle

Alle Studentischen Hilfskräfte sollten tariflich abgesichert sein. Aber wie? Wer das wissen will, sollte sich den Termin 7. bis 9. Februar im Kalender notieren. In der Jugendbildungsstätte des DGB in Hattingen gibt es dann einen Überblick über die politische und rechtliche Situation studentischer Beschäftigter. Außerdem werden wichtige Fragen beantwortet, die früher oder später in jeder Tarifauseinandersetzung eine Rolle spielen. Auch Zeit für den kollegialen Austausch ist eingeplant.

Die Konferenz richtet sich an alle Aktiven und jene, die es werden wollen. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich, die Teilnahme ist kostenlos.

https://t1p.de/chb7

Offener Brief an die Akademie der Wissenschaften

Die Bayerische Akademie der Wissenschaften (BAdW) sieht sich als Aushängeschild für internationale Spitzenforschung in Deutschland und Bayern. Die reicht von geisteswissenschaftlicher Grundlagenforschung bis hin zu hochmoderner Technologieforschung etwa mit Hilfe des schnellsten Höchstleistungsrechners der EU.

Wesentlich weniger exzellent sind die Arbeitsbedingungen. Auch hier greift die Befristungspraxis um sich und ein Übergang von der außeruniversitären Forschung in eine hochschulische Karriere ist nach wenigen Jahren nahezu unmöglich. Deshalb haben 200 Beschäftigte einen offenen Brief "an alle Handlungsträger in Wissenschaft und Politik" geschrieben und fordern massive Verbesserungen.

BEFRISTUNG

■ Heiße Phase im Januar
In ihrer Bayreuther Erklärung
sprechen sich die Uni-KanzIer*innen klar für eine Fortführung des Befristungssystems aus
– es sei "unverzichtbar", um
auch nachfolgenden Generationen Qualifizierungsphasen im
wissenschaftlichen Mittelbau zu
ermöglichen. Mehr Dauerstellen
würden das System lahmlegen,
so ihre Argumentation.

Der Zeitpunkt der Erklärung ist kein Zufall. Im Januar müssen die Bundesländer Pläne für mehr Dauerstellen vorlegen, um an die Milliarden des neuen "Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken" zu kommen.

Die Erklärung zeigt zweierlei: Die Kanzler*innen befürchten offensichtlich, dass ihre Position ernsthaft ins Wanken gerät. Zugleich wird aber auch deutlich: Die Kampagne "Frist ist Frust" wirkt, bei der ver.di, GEW und das Mittelbaunetzwerk für gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss) zusammenarbeiten. Ihr gemeinsames Ziel ist es, dass mit dem im Zukunftsvertrag vorgesehenen Geld Dauerstellen geschaffen werden. Die lautstarke Einmischung bei den Verhandlungen auf Bundesebene hat bereits einen Teilerfolg gebracht: Die Länder haben am 15. Januar Verpflichtungserklärungen zur Umsetzung des Vertrages vorzulegen – und darin müssen auch Pläne für mehr Dauerbeschäftigung enthalten sein. Angesichts von knapp 4 Milliarden Euro jährlichem Finanzvolumen kann das eine echte beschäftigungspolitische Wende bedeuten.

Jetzt gilt es, nicht locker zu lassen – denn die Kanzler*innen versuchen, die Vorgabe "klein zu arbeiten" und den Status Quo zu erhalten. Neue Mitstreiter*innen sind hochwillkommen!

info@frististfrust.net

Was kostet ein Studienplatz?

Was auf den ersten Blick wie ein trockenes Thema für Bürokraten wirkt, hat es in sich. Die Oppositionsparteien LINKE und FPD wollen das Kapazitätsrecht der Hochschulen reformieren. Auch der Wissenschaftsrat diskutiert darüber. Vertreter*innen einer unternehmerischen Hochschule stehen Anhänger*innen einer freien Hochschulbildung gegenüber.

VON MICHAEL NIEDWOROK

Das Kapazitätsrecht hat eine lange Geschichte. 1972 fällte das Bundesverfassungsgericht das so genannte Numerus-Clausus-Urteil. Es festigte das Recht jedes Staatsbürgers, "Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen." (Art. 12 GG). Hochschulen waren nun dazu verpflichtet, ihre personellen Kapazitäten auszuschöpfen, um so viele Studienbewerber*innen wie möglich aufzunehmen. "Niveaupflege", also die Qualitätssteigerung durch willkürlich gering gehaltene Zulassungszahlen, ist verboten. Der "Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen" und dazugehörige Kapazitätsverordnungen regelten das ein Jahr später.

2008 trat ein neuer Staatsvertrag in Kraft, der den Ländern die Festlegung von Studienplatzzahlen erlaubte. Als Gründe wurden die Bologna-Reform und die Vielfalt neuer Studiengänge angeführt. Eine Erfassung des jeweiligen Betreuungsaufwands sei erschwert, hieß es. Dieses Argument ist wenig glaubhaft: Schließlich sind Bachelor- und Masterstudiengänge durch das Europäische System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen (ECTS) stärker normiert als je zuvor.



Seit 2008 gibt es mehrere Verfahren:

Am weitesten verbreitet ist das so genannte "Bandbreitenmodell". Es ermöglicht Hochschulen, den Betreuungsschlüssel in den einzelnen Fächern einer Gruppe zu variieren. Verbesserungen in einem Fach müssen mit weniger Kapazität anderswo kompensiert werden. Die Bandbreiten sind einheitlich für die jeweilige Hochschulart festgelegt.

Vertreter*innen der unternehmerischen Hochschule bevorzugen das "Vereinbarungsmodell", das in Hamburg Anwendung findet und den Wettbewerb zwischen den Hochschulen befeuern soll. Dabei einigen sich Hochschule und Landesparlament auf Zielzahlen für Studienanfänger*innen, Studienplätze und gegebenenfalls Absolvent*innen. Dabei können die Zielvereinbarungen recht frei für jede einzelne Hochschule ausfallen, legitimiert werden sie durch Parlamentsbeschluss. Dies wiederum soll Studienbewerber*innen auch den Klageweg versperren – was allerdings 2015 vor dem Hamburgischen Oberverwaltungsgericht krachend scheiterte.

Als aktueller Favorit des Wissenschaftsrates und der Hochschulrektorenkonferenz hat sich das "Kostennormwertverfahren" durchgesetzt. Es wird in einigen Studiengängen in Baden-Württemberg erprobt und spaltet die Finanzierung auf. Ein Teil geht in die Grundausstattung, um die Mindestqualität einer fixen Zahl von Studienplätzen zu sichern, ein anderer Teil fließt in einen "Qualitätstopf", den die Hochschulen eigenverantwortlich für die Gestaltung der Lehre nutzen können.

Auch innerhalb der Gewerkschaften läuft gegenwärtig die Meinungsbildung zu den aktuellen Entwicklungen. In den vergangenen Jahren hat ver.di sich immer wieder gegen Deregulierungen ausgesprochen, die es jungen Menschen erschwert, zu ihrem Recht auf einen Studienplatz zu kommen. Kapazitätserweiterungen und eine gute Betreuung müssen von den Ländern und durch Kooperation des Bundes finanziert werden. Das Wettbewerbsprinzip der unternehmerischen Hochschule lehnen Gewerkschaften ab, weil es zu Willkür gegenüber Studienbewerber*innen, Studierenden und Beschäftigten führt.

Steter Tropfen höhlt den Stein



Bei der Volkshochschule Hildesheim wird seit 2004 bei gleicher Arbeit und Leistung nach zwei verschiedenen Tarifen bezahlt: Haustarif und TVöD. Eine längere Tarifauseinandersetzung und der erste niedersächsische Volkshochschul-Streik 2018 haben die Situation zwar noch nicht gelöst, aber deutlich verbessert.

VON STEFANIE GREBER, KARIN BORLINGHAUS, GABRIELA JOHANSHON

er einen Arbeitsvertrag vor der Fusion von Kreisvolkshochschule und Volkshochschule Hildesheim abschließen konnte, hat Glück gehabt. Kolleg*innen, die anschließend direkt von der VHS Hildesheim gGmbH angestellt wurden, sind im Nachteil: Anders als der TVöD wurde der Haustarifvertrag zwischen 2004 und 2013 nur zweimal geringfügig erhöht – und so ging die Einkommensschere immer weiter auseinander. Außergewöhnlich sind solche Lohndifferenzen in der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung in Niedersachsen nicht; vielerorts versuchen Politiker*innen, auf diese Weise zu sparen. Doch in Hildesheim waren die Unterschiede besonders krass.

Um überhaupt in Tarifauseinandersetzungen gehen zu können, galt es zunächst, mehr ver.di-Mitglieder zu gewinnen und die Öffentlichkeit zu informieren. Am 1. Mai 2016 verteilten Beschäftigte auf dem Marktplatz Buttons "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", zwei Monate später informierten Kolleg*innen im Rahmen einer aktiven Mittagspause, sammelten Unterschriften und verteilten Rosen am Valentinstag.

Es gab viel Zuspruch aus der Bevölkerung, und der SPD-Fraktionsvorsitzende des Kreistags ließ sich in einem Wochenblatt zitieren: "Wir halten es für grundsätzlich falsch, wenn Beschäftigte unterschiedliche Löhne für die gleiche Arbeit bekommen. [...] Innerhalb eines Betriebes sollte es solche Gehaltsunterschiede nicht geben."

Die Gespräche mit der VHS-Geschäftsführung führten vorerst zu keiner Einigung. Bald war klar, dass die politisch Verantwortlichen in Stadt und Landkreis die Hauptadressat*innen der Tarifforderung sein mussten. Im November 2017 über-



reichten Aktive Unterschriftenlisten im Hildesheimer Rathaus, während Kolleg*innen draußen Brötchentüten verteilten mit der Aufschrift "Willst du weiter kleine Brötchen backen?".

Nach vielen Verhandlungen entschloss sich die Belegschaft gemeinsam mit ver.di, den Haustarifvertrag Ende 2017 zu kündigen. Vorausgegangen waren zwei Einmalzahlungen in Höhe von 100 Euro, die die Geschäftsführung möglich gemacht hatte.

Im März 2018 gipfelte der Protest in einem Warnstreik. ver.di-Verhandlungsführerin Ulrike Schilling betont, dass die Eskalation des Tarifstreits nicht die Schuld der Mitarbeiter*innen war. "Wir hatten sieben Verhandlungsrunden, 20 Gespräche mit Fraktionen aus Stadtrat und Kreistag - aber es lag immer noch nichts auf dem Tisch, worüber man sprechen konnte."

Jetzt endlich kam Bewegung in die Tarifverhandlungen. Das Ergebnis war eine erste Annäherung des Haustarifs an den TVöD. Gleichzeitig wurde festgeschrieben, dass die Dynamisierung der Tarifabschlüsse im TVöD ab 2020 übernommen werden. Darüber hinaus vereinbarten die Tarifparteien, dass sie eine Angleichung der Tabellenentgelte an die des TVöD anstreben.

Lernerfolg dieser langen und kräftezehrenden Auseinandersetzung: Es lohnt sich, sich in ver.di zu organisieren. Die motivierende Unterstützung durch die beiden Gewerkschaftssekretär*innen Ulrike Schilling und Frank Ahrens, der unermüdlichen Einsatz der Tarifkommission und der Zusammenhalt der Belegschaft haben schließlich zu einem guten Ergebnis geführt. Wir bleiben

Seminare und Bildungsurlaub

Vielen Arbeitnehmer*innen ist nicht bewusst, dass sie einen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub haben. Die Regelungen sind von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich. Hier kann jede und jeder herausfinden, welche Möglichkeiten es gibt und wie man Bildungurlaub beantragt: https://www.bildungsurlaub-aktuell.de/

Auf dem ver.di-Bildungsportal können Mitglieder in der Seminardatenbank gezielt nach passenden Bildungsurlaubsangeboten und Seminaren stöbern. Für Kurzentschlossene gibt es auch "Last-Minute-Angebote". https://bildungsportal.verdi.de/

ver.di hilft

Der ver.di Mitgliederservice hilft bei Bewerbung, Berufsstart, der Absicherung privater und beruflicher Risiken, Vermögenswirksamen Leistungen, Altersvorsorge, Baufinanzierung. Er bietet Sonderkonditionen, geprüfte Angebote und Ermäßigungen für Gesundheits-, Reiseund Freizeitangebote. www.verdi-mitgliederservice.de

Alles Gute!

Wir wünschen allen Leser*innen einen schönen Jahresausklang und viel Erfolg und Power fürs kommende Jahr!



Mehr von uns ist besser für alle

Silvester 2021 soll das neue Haus eingerichtet sein, das wir gegenwärtig zusammen mit dem Fachbereich 3 "Gesundheit und Soziales" aufbauen. Anfang 2018 hatten die Fusionsverhandlungen begonnen, im vergangenen August legte der Bundesfachbereichsvorstand "Bildung, Wissenschaft, Forschung" Ziele und No-Gos für den Zusammenschluss fest. Oberste Priorität haben der Erhalt der Berufsfachlichkeit sowie die sichtbare Präsenz der Bildungsbranche im neu zu gründenden Fachbereich. Der muss seine Identität noch entwickeln. Ganz klar aus unserer Sicht: Auch wenn wir deutlich weniger Mitglieder einbringen, ist es uns wichtig, dass unsere Themen und Interessen angemessen Raum finden.

Unser Verhandlungsteam besteht aus Rainer Herter, Wiebke Koerlin, André Pollmann und Magnus Wuggazer. Sie arbeiten nun die Aufgaben ab, die ihnen durch die Gründungsvereinbarung übertragen wurden. Geschäftsordnung und Statut des fusionierten Bereichs sollen möglichst "schlank" werden, das Faible beider Fachbereiche für flexible und flache Strukturen erhalten bleiben. Gemeinsame Arbeitsschwerpunkte kristallisieren sich bereits heraus. Dazu gehören konkrete Vorhaben wie das Campus-Projekt im Landesbezirk Niedersachsen-Bremen, aber auch Themen wie prekäre Arbeitsbedingungen und Befristungen. Bei der Frauen- und Jugendarbeit rücken beide Fachbereiche bereits jetzt deutlich zusammen.

Gremien und Strukturen öffnen sich für die jeweils andere Seite. Die Projektgruppe Integration, die Strukturen in Reha-Einrichtungen und die Fachkommission Soziales und Erziehungsdienste erscheinen besonders geeignet für eine Verzahnung. Im kommenden Jahr findet erneut ein Workshop beider Fachbereich statt. Das Signal ist auf Bundesebene angekommen: Viele vor Ort fordern konkrete Zeitpläne und Unterstützung bei der Ausgestaltung gemeinsamer Aktivitäten.

Ein Meilenstein auf dem Weg zur Fusion war der ver.di-Bundeskongress im September in Leipzig. Die nominierte Leiterin Sylvia Bühler betonte in ihrer "Wahlrede" die Bedeutung beider Fachbereiche sowohl für ver.di als auch für eine soziale Gesellschaft. Die ausufernden Befristungen bezeichnete sie als "den großen Skandal in den Bereichen Hochschulen und Forschung", der dringend angegangen werden müsse. Sie betonte die gesellschaftliche Verantwortung jeder und jedes Einzelne, sich für eine gerechtere Gesellschaft und gegen Neonazis einzusetzen. Der Kongress wählte Sylvia Bühler mit überragenden 91,7 Prozent in den neuen Bundesvorstand. Herzlichen Glückwunsch!

Wiebke Koerlin

Ciao Ute und Anne!

Ute Kittel und Anne Voss haben beide großen Anteil am Erfolg unseres Fachbereichs und am kollegialen bis freundschaftlichen Klima zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen. Nun werden sie sich neuen Lebensabschnitten widmen.

Ute Kittel hat den "Fünfer" ab 2001 unter Leitung von Petra Gerstenkorn mit aufgebaut. Nach verschiedenen Stationen inund außerhalb von ver.di kam sie vor 4,5 Jahren zurück, als eine Nachfolge für Petra gesucht wurde. Die Person sollte bereit und in der Lage sein, die beiden vielfältigen Fachbereiche BiWiFo und Besondere Dienstleistungen gemeinsam zu leiten. In Ute fand sich die ideale Kandidatin, war sie doch in beiden Fachbereichen zu Hause. Ihre offene, zugängliche Art, Leidenschaft für die Sache, klare Haltung und eine unerschütterliche Loyalität zur Organisation zeichnen sie aus. Im Zuge des aktuellen Fusionsprozesses mit Fachbereich drei entschied sich Ute, dem größeren Partner das Vorrecht zuzugestehen, sein Bundesvorstandsmitglied mit in die "Ehe" zu bringen.





Anne Voss war ab 2010 Landesfachbereichsleiterin im Bezirk Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen. 2016 wechselte sie nach Berlin, um auf Bundesebene die Bereiche Studierendenwerke und Weiterbildung zu betreuen. Unermüdlich kämpfte sie für den Branchenmindestlohn in der Weiterbildung. Ab Dezember kann sie nun ihren Ruhestand genießen im kleinen Paradies in Form eines alten Pfarrhauses.

Anne und Ute: Danke! Wir wünschen Euch und Euren Lieben alles Gute – man sieht sich!

Birthe Haak



bei uni-assist e.V. Berlin

In die erste Reihe gewagt

eit März 2016 arbeite ich als Zeugnisbegutachter bei uni-assist e.V. Berlin. Diese Servicestelle für internationale Studienbewerbungen kooperiert mit 190 Hochschulen bundesweit. Tausende Akten mit diversesten Zeugnissen und Lebensläufen sind schon über meinen Schreibtisch gewandert und ich habe unzählige Mails an Bewerber*innen und Mitgliedshochschulen verfasst. Inzwischen kenne ich die Bildungssysteme von über 60 Ländern in Afrika und dem Nahen Osten in- und auswendig.

Was ich und meine 70 Abteilungskolleg*innen tun, mag nach dröger Aktenarbeit klingen. Doch Teamarbeit ist bei uns nicht nur ein Schlagwort, sondern wird gelebt. Immer wieder lässt sich hier die Erfahrung machen, wie in kollektiv organisierten Prozessen Neues entsteht und weiterentwickelt wird. Dies wie auch das kollegiale Miteinander sind Pluspunkte, die mich bei uniassist halten – obwohl die vertraglichen Konditionen sich immer weiter verschlechtert haben. Nebenbei bemerkt: Was wir tun, wurde vor der Auslagerung an uni-assist von tariflich Beschäftigten an den Hochschulen geleistet. Bei uns aber herrscht ein tarifloser Zustand mit zersplitterter Vertragslandschaft und ohne öffentliche Ausfinanzierung.

Jahr für Jahr werden in meiner Abteilung rund 50 zusätzliche Kolleg*innen – fast alles Menschen mit Hochschulabschluss – für ein halbes Jahr eingestellt. Eine zweimonatige intensive Schulung bereitet sie auf ihren Einsatz während der bewerbungsintensiven Sommermonate vor. Doch nur ein Bruchteil von ihnen kann auf eine Weiterbeschäftigung hoffen – und das bedeutet dann fast immer Befristung. Davon kann ich selbst ein Lied singen: Mein jetziger Projektvertrag ist bereits mein dritter seit 2016, während sich mein Aufgabenbereich in nichts von dem anderer Teamkolleg*innen mit nicht-projektgebundenen Verträgen unterscheidet.

Dabei kann ich mich noch glücklich schätzen. uni-assist wird immer kreativer, die steigende Menge internationaler Bewerbungen mit möglichst wenig festen Vollzeitstellen in den Griff zu bekommen. Seit 2018 geht der Trend zu Lückenverträgen: Wer weitermachen darf, wird nach der Sommersaison erst mal zwei Monate in die Arbeitslosigkeit geschickt und hat im Frühjahr nochmals eine einmonatige Auszeit. Diese unfreiwilligen Unterbrechungen – nur bedingt mit sinkendem Arbeitsanfall zu begründen – öffnen Kettenbefristungen Tür und Tor. Nicht nur für die betroffenen Kolleg*innen, sondern auch für die ganze Arbeit im Team sind sie äußerst belastend.

Aufgrund solcher Missstände formierte sich im vergangenen Jahr eine Tarifinitiative in unserem Betrieb, in dem 150 Menschen längerfristig beschäftigt sind und etwa ebenso viele regelmäßig als Saisonkräfte dazukommen. Die Entscheidung zum ver.di-Beitritt fiel mir leicht. Das lag auch daran, dass ich die Kolleg*innen, die schon an Bord waren, im Arbeitsalltag stets als solidarisch und engagiert erlebt hatte. Als sich die Frage stellte, wer in die Tarifkommission gehen würde, zögerte ich. Würde ich, der sich vom Naturell her lieber im Hintergrund hält, etwas zum Gelingen beitragen können? Wäre ich in der Lage, mich schnell in die komplexe Thematik einzuarbeiten?

Schließlich habe ich den Schritt gewagt. Seitdem erlebe ich in erster Reihe mit, welch gewaltiger gemeinsamer Kraftakt dahintersteckt, eine Tarifverhandlung ins Rollen zu bekommen. Aber auch, wie ermutigend die Erfahrung ist, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen. Nach fünf Sondierungsrunden mit Höhen und Tiefen, begleitet von breit unterstützten Petitionen und Warnstreiks, stehen nun Gespräche zur Ausgestaltung eines Haustarifvertrags an.

Rafael Sanchez

Wer mehr erfahren möchte, kann auf unseren Blog unter verdi-uni-assist.de schauen (und dort auch gerne als Unterstützer*in einen Kommentar hinterlassen).



■ Teamplayerin an der Spitze

Ulrike Schilling ist seit Anfang Dezember die neue BiWiFo-Landesfachbereichsleiterin in Niedersachsen-Bremen. Damit steht dort nicht nur eine hochqualifizierte Frau an der Spitze, sondern auch eine ausgewiesene Teamplayerin. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit und die Nachwuchsförderung waren für Rike bereits als Studierende und später als Jugendsekretärin bei ver.di Steckenpferde.

Als Sekretärin im Fachbereich 5 ist sie erfolgreich in der Tarifierung der Weiterbildungsbranche mit Methoden aus dem Organizing. Analytisch, konzeptionell und transparent das ist ihr Vorgehen. So sind die Volkshochschulen im Landesbezirk heute gut vernetzt, und ver.di ist dort ein wichtiger Faktor geworden. Beim Thema Tarifarbeit in der Weiterbildung hat der Landesfachbereich sogar die Bundesebene maßgeblich vorangebracht. Standards, die Qualität sichern und zugleich Raum für Selbstorganisation bieten, sind ihr Ziel. Die Beschäftigten der Branchen Bildung, Wissenschaft und Forschung hält sie für maßgebliche Akteur*innen bei der Lösung zentraler Zukunftsfragen. "Viele Gründe also, den anstehenden Fusionsprozess mit dem Fachbereich 3 auf Augenhöhe und selbstbewusst zu gestalten", so ihre Schlussfolgerung.









Bitte abtrennen und im Briefumschlag schicken an: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Fachbereich 5 · Bildung, Wissenschaft und Forschung · 10112 Berlin



Ve	rtr	aq	sd	at	en
----	-----	----	----	----	----

Titel	Vorname		Name		Staatsangehörigkeit				
Straße				Hausnummer	Telefon				
Land/PLZ		Wohnort			E-Mail				
Beschäf Arbeite Angeste		☐ Beamter*in ☐ Selbständige*r		erwerbslos	PLZ Branche		Ort		
□Vollzeit	☐ Teilzeit	Anzahl Wochenstu	unden:		ausgeübte Tätigkeit				
☐ Schüler	*in/Student*in (o	ir*in/Referendar*in hne Arbeitseinkomm tudierende*r □So		pis	monatlicher Bruttoverdienst		-/Gehaltsgruppe	Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe	
_		iker*in/Ingenieur*in rieb/Dienststelle/Firn	na/Filiale)		€	O. De	esoldungsgruppe	o. Lebensaltersture	
	escriaring ber (ber	Tree Prenistrene Print	na/ maic/		Monatsbeitrag in Eu	ro			
Straße				Hausnummer	Der Mitgliedsbeitrag be regelmäßigen monatlic				
SEPA-La	stschriftmand	lat			Zahlungsweise				
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.					monatlich vierteljährlich				
Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.				Straße und Hausnummer PLZ/Ort					
BIC		IBAN	ı 						
Ort, Datu	um und Unters	chrift X							
	Nur für Lohn- und Gehaltsabzug! Personalnummer Lich stimme der Entrichtung meines Mitgliedsbeitrages im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren zu und willige in die Übermittlung der hierfür erforderlichen Daten zwischen meinem Arbeitgeber und ver.di ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft gegenüber verdi oder meinem Arbeitgeber widerurfen.								

Ich möchte Mitglied werden ab							
0 1	١,	1	1 2	2 ()	ı	
Geburtsd	atum						
	ı						
Geschlech	t	г	weibli	ich	П	männli	ch

Ich wurde gewor Name Werber*in	ben durch:		
Mitgliedsnummer			
Ich war Mitglied in	der Gewerkschaft		
von		bis	

Datenschutzhinweise

Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter https://datenschutz.verdi.de.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an¹⁾ und nehme **die Datenschutzhinweise** zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift

